

1 Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

2 Landesparteitag am 12. November 2017

3

4 **Das dramatische Artensterben erfordert** 5 **konsequentes, sofortiges Handeln**

6 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen, die Pflanzen- und Tierwelt sind
7 immer stärker durch menschliches Einwirken auf den Naturhaushalt
8 bedroht. Neben der zunehmenden Belastung der Böden, des Wassers und
9 der Luft mit Schadstoffen belegen unabhängige Studien ein noch nie
10 dagewesenes Artensterben, das durch menschliches Handeln verursacht
11 wird.

12 Die Lebensgemeinschaften unserer ehemals artenreichen Kulturland-
13 schaften sind massiv im Forstbestand bedroht. Runde 80% der Vogel- und
14 Insektenarten haben wir in den letzten Jahrzehnten, einem Wimpern-
15 schlag der Erdgeschichte, bereits verloren. Obwohl das Saarland im
16 Vergleich zu andern Bundesländern eine weniger intensive Form der
17 Landbewirtschaftung aufweist, sind alle bisherigen Verlautbarungen und
18 Programme der saarländischen Landesregierung nachweisbar nicht
19 geeignet, dem negativen Trend entgegenzuwirken. Zu stark sind
20 offensichtlich die parteipolitisch motivierten Zwänge, um bekannten
21 einflussreichen Landnutzerguppen nicht durch verantwortliches und
22 vorausschauendes politisches Handeln „auf die Füße“ treten zu wollen.

23 Diese umwelt- und Verbraucherschutzpolitische Stillstandspolitik beschleu-
24 nigt das Siechtum unserer Kulturlandschaft und ist hauptverantwortlich für
25 das dramatische Artensterben.

26 Studien belegen, dass die intensive Landwirtschaft und die dabei einge-
27 setzten Giftstoffe aus der Gruppe der Neonikotinoide und des Wirkstoffes
28 Glyphosat ursächlich für diese dramatische Entwicklung verantwortlich
29 sind. Aber auch ein zunehmend fehlendes Nahrungsangebot durch
30 insektenfeindlich bewirtschaftete Straßenränder und Grünflächen im
31 Siedlungsbereich tragen weiter zum Artenschwund bei.

32 Neben den Schäden an der Tier- und Pflanzenwelt ist auch der Mensch als
33 letztes Glied der Nahrungskette direkt betroffen, was medizinische Studien
34 belegen.

35 Die Landesregierung ruht sich auf einem Anteil ökologisch bewirtschafteter
36 landwirtschaftlicher Flächen von 17% aus. Dieser geringe Anteil wird den
37 laufenden Entwicklungen und erforderlichen Herausforderung zur

38

39 Revitalisierung unsere Kulturlandschaft und dem notwendigen gezielten
40 Schutz bedrohter Arten unserer Kulturlandschaft nicht gerecht!

41 Selbst die Einrichtung von Schutzgebieten konnte das Insekten- und
42 Vogelsterben nicht aufhalten, auch weil immer noch Managementpläne,
43 zielgerichtete Pflegekonzepte und Evaluierungen fehlen.

44 Als Reaktion auf die neuesten Zahlen zum Insekten- und Vogelsterben,
45 fordern wir einen Insekten- und Vogel-Aktionsplan für das Saarland. Es
46 muss zügig ein entsprechendes Maßnahmenbündel erarbeitet und konse-
47 quent umgesetzt werden.

48 Die Landesregierung muss endlich das Ausmaß des dramatischen
49 Insekten- und Vogelsterbens als ein zentrales politisches Thema
50 erkennen, schließlich geht es hier auch um die Daseinsvorsorge unserer
51 Gesellschaft.

- 52 • Die Landesregierung wird aufgefordert die Ziele und vorgeschlagenen
53 Maßnahmen der Naturschutzoffensive 2020 der Bundesregierung
54 aus dem Jahr 2015 nicht weiter auszusitzen, sondern in konkrete
55 Landesprogramme zu gießen. Neben dem Handlungsfeld
56 Landwirtschaft muss auch das Handlungsfeld Wald Bestandteil einer
57 solchen Strategie werden.
- 58 • Die Landesregierung wird aufgefordert über entsprechende Evalua-
59 tionen die erforderlichen Datengrundlagen zu beschaffen. Um das
60 ganze Ausmaß zu erfassen, ist ein systematisches Langzeit-Monitor-
61 ing notwendig. Es kann nicht sein, dass das Umweltministerium
62 immer noch keine belegbaren Zahlen vorweisen kann.
- 63 • Die Landesregierung wird aufgefordert die Voraussetzungen zu
64 schaffen, damit die Landwirtschaft im Saarland zeitnah flächen-
65 deckend auf konsequent ökologische Bewirtschaftungsweisen
66 umgestellt wird.
- 67 • Die Landesregierung wird aufgefordert gemeinsam mit den
68 Kommunen unverzüglich ein Ausbringungsverbot für Giftstoffe,
69 insbesondere von Neonikotinoiden und Glyphosat auf öffentlichen
70 Flächen zu erwirken. Umweltminister Jost darf aus Lobbyhörigkeit
71 nicht länger ein Glyphosat- und Neonikotiniodverbot auf landes-
72 eigenen Flächen blockieren und den Einsatz dieser Giftstoffe
73 unterstützend verteidigen und die bekannten Auswirkungen
74 verharmlosen.
- 75 • Die Landesregierung muss gemeinsam mit den saarländischen
76 Kommunen ein Maßnahmenbündel gegen das Insekten- und Vogel-
77 sterben erarbeiten und konsequent umsetzen. Dazu gehört auch, die
78 Siedlungsräume als potenzielle Lebensstädten in ein solches Konzept
79 einzubinden. Die Biodiversitätsstrategie des Landes ist aus den
80 genannten Gründen nachzubessern.

81